

Sperrfrist: 28. November 2009 !

Tischrede des Vorsitzenden der Emdener Kaufmannschaft Dr. Claas Brons anlässlich des Kaufmannsmahls am 27. November 2009

(Es gilt das gesprochene Wort)

Barack Obama: Hoffnung und Zuversicht, dass sein neuer Kurs ein friedliches Miteinander erleichtert. Der Verzicht auf die Raketenabwehr in Polen und Tschechien, Bewegung in Guantanamo und mit seiner Kairoer Rede eine Neuausrichtung im Nahen Osten sind zu begrüßen. Seine Absicht, 30 Millionen Amerikanern erstmals einen Zugang zu einer Krankenversicherung zu verschaffen, gehört zu dem, was wir mit einer transatlantischen Wertegemeinschaft verbinden. Letztere reicht Präsident Barack Obama aber nicht: Er ist pragmatisch und hat die Erwartung an seine engen Partner, dass sie effektiv zu Problemlösungen in Weltordnungsfragen beitragen – ein Anspruch, dem wir Deutschen aus Sicht der Amerikaner noch nicht ausreichend gerecht werden.

Hochriskante Krisenfelder bleiben das Atomprogramm Irans, durch das sich Israel bedroht fühlen muss und die den Westen an seine Grenzen führenden, kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak und in Afghanistan – warum eigentlich ohne Beteiligung Chinas und Russlands? Eine auch zeitlich definierte Exit-Strategie fehlt dort ebenso wie im Kosovo, wo nach 10 Jahren die auf 10.000 Mann reduzierten Verbände immer noch gebraucht werden, um ein Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen den Volksgruppen zu unterbinden.

Allgemein herrscht Konsens darüber, dass die weltweiten, massiven Konjunkturpakete, monetären Anreize und die Unterstützung des Finanzsystems eine zweite große Depression verhindert haben.

In Deutschland gehört das im Januar verabschiedete Konjunkturpaket II dazu mit Senkung des Eingangsteuersatzes, Anhebung des Grundfreibetrages, der Abwrackprämie, der Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung und einem 17,3 Mrd. € Investitionsprogramm in Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser.

Im März melden AIG den größten Verlust in der Wirtschaftsgeschichte und Banken den Höchststand von Risikobewertungen; Anfang April rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute dann mit einem Rückgang

des Bruttoinlandsproduktes in 2009 um 6 % und um 0,5 % in 2010. Danach hellte sich das Bild auf: Nur noch – 4,5 % in 2009 und in 2010 wieder ein Wachstum von 1,6 %.

Deutschland ist wegen seiner Exportabhängigkeit von der globalen Wirtschaftskrise besonders betroffen; der Nachfrageabsturz überforderte die Anpassungsmöglichkeiten der Angebotsseite. Haben sich deshalb „Exportnationen“ wie Deutschland, Japan und China überholt, wie es etwa der japanische Premier angedeutet hat? Wohl nein, denn die globale Arbeitsteilung wird bleiben und Deutschland eine Exportnation.

Politisch besteht Einvernehmen, dass auch die Profiteure an den Finanzmärkten ihren Beitrag zur Konsolidierung der durch Banken verursachten Finanzkrise beitragen sollten. Allein die Boni Diskussion – die Deutsche Bank hat allein im III. Quartal dafür schon wieder 1,3 Mrd. € zurückgestellt – zeigt, dass das auch möglich ist. Eine noch von der Großen Koalition angedachte Finanzmarktsteuer weist in die richtige Richtung, wenn sie denn international konzertiert eingeführt wird. Sie könnte ein Stück ungesunde Hektik aus dem Markt nehmen. Bei Grundstückstransaktionen gibt es derartiges schon lange: Die Grunderwerbssteuer.

Wir brauchen international eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, damit sich Fehlentwicklungen möglichst nicht wiederholen; da gehen nun auch die USA mit. Dazu dürfen zu gegebener Zeit auch maßvoll erhöhte Anforderungen an das Eigenkapital der Banken gehören. Z. Zt. gibt es keine „Kreditklemme“, sondern eine hohe Liquidität. In der gegenwärtigen Niedrigzinspolitik der Notenbanken decken sich die Banken zu Minizinsen ein und „investieren“ in erstklassige, praktisch risikolose, aber zinsstärkere Staatsanleihen oder in noch renditestärkere Anleihen wie Aktien. Für Banken leicht verdientes Geld - und für krisengebeutelte und deshalb in ihrer Bonität beeinträchtigte Unternehmen dann doch eine „Kreditklemme“, wenn Banken die Finanzierung von Investitionen ihrer Kunden in einen beginnenden Aufschwung hintanstellen.

Einige Schlaglichter :

- Gescheitert ist die große Koalition mit der Föderalismusreform, eine neue Steuerzuordnung zwischen Bund und Ländern blieb aus,
- allerdings wurde die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz (Bund 2016 - Länder 2020) verankert.
- In 2008 stiegen die Löhne schneller als die Preise; in 2009 werden sich die Löhne insbesondere auf Grund von Kurzarbeit sehr uneinheitlich entwickeln, im Schnitt mit – 0,5 % aber negativ.
- Die sogenannten „Rentengarantie“ der großen Koalition ist insofern ein Schlag gegen Arbeitnehmer und die junge Generation. Was Kurzarbeitern und Lohnempfängern zugemutet wird, gilt nicht für Rentner; erstere müssen die Lasten über steigende Sozialabgaben dazu auch noch mit aufbringen. Nachhaltigkeits- und Aussetzung des Riester-Faktors müssen nach Rechtslage dazu führen, dass die Renten bis 2016 kaum mehr steigen können. Frau Buntenbach vom DGB-Vorstand sagt schon jetzt, dass die Politik die Renten nicht über Jahre von der Einkommensentwicklung abkoppeln dürfe. Ob CDU/CSU und SPD die vereinbarte Verrechnung durchhalten? Immerhin sind vor 2016 noch Bundestagswahlen und Rentner eine starke Wähler-Gruppe.
- Bedrückend ist, dass der Anteil von abgesicherten sogenannten „Normalarbeitsverhältnissen“ in den letzten 10 Jahren von 3/4 auf nur noch 2/3 der Beschäftigten zurück ging.
- Zum Thema Mindestlöhne: Warum muss der Staat unseren Frisörbesuch über „Aufstockungen“ subventionieren? Würden bei uns Arbeitsplätze verloren gehen, etwa weil wir dann zum Frisör nach China oder Indien reisen würden? Wenn das gegenwärtige System offensichtliche Fehlentwicklungen zulässt, muss es korrigiert werden; im Malerhandwerk gelang das jüngst auch.
- Qualitativ hochwertige, verlässliche auch auf die Bedürfnisse von Betrieben angepasste Kinderbetreuungsangebote sind nach wie vor Mangelware. Ich bleibe dabei: Notfalls sollten die Kammern einspringen und für ihre Mitgliedsfirmen derartige Betreuungsangebote vorhalten.
- Heiß diskutiert wurde ein in zweiter Instanz bestätigtes Urteil gegen eine langjährige Kassiererin wegen Unterschlagung von 1,30 €. Ich kritisiere das Urteil weder als „barbarisch“ noch als von „asozialer Qualität“ (so Thierse); Ehrlichkeit ist Pflicht. Aber: wenn Vorstände wie die Herren Middelhoff und Eick nach ihren

„Leistungen“ noch Abfindungen von je 15 Millionen €kassieren, beschreibt dies einen Spannungsbogen, den unsere Gesellschaft nicht verkraften kann.

- GM-Verlust in 2008 von 30,9 Milliarden Dollar; Zusammenbruch und Neustart nach nur zwei Monaten; auch das ist Amerika. Deutschland hat Opel Anfang des Jahres vor der Insolvenz bewahrt und darf deshalb auch den Anspruch haben, die Restrukturierung unter New GM zu begleiten.
- Die Verstaatlichung der mit fast 100 Mrd. € massivunterstützten „systemischen“ Hypo Real Estate geht in Ordnung; ohne Staatshilfe wäre die HRE insolvent. Die Alteigentümer dürfen sich nicht beklagen.
- Der Wettbewerb im Energiebereich funktioniert immer noch nicht; dass Monopole unangemessene Profite ziehen wird daran deutlich, dass die Gasnetzbetreiber bei EON und RWE auf Anweisung der Bundesnetzagentur die Gebühren für den Zugang zu ihren Netzen zum 1. Oktober um stattliche 25 % senken mussten.

Weniger dramatisch als befürchtet hat sich bisher der Arbeitsmarkt entwickelt. Der Herbstaufschwung hat für Oktober den niedrigsten Arbeitslosenstand des Jahres mit einer Quote im Bezirk der Agentur Emden von 7,9 % - wie im Vorjahr – beschert. Von Entspannung kann aber keine Rede sein. Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen lag im III Quartal mit knapp 73 % nur knapp über dem Tiefpunkt von 71 %; im Durchschnitt der letzten Jahre waren es noch rund 83 %. Die Verlängerung der Kurzarbeit hat den Arbeitsmarkt vorerst entlastet.

Wir freuen uns über 20 Jahre deutsche Einheit und dass die EU-Reform nun in Kraft treten kann. Auf die neuen Rollen des Ratspräsidenten und der „Außenministerin“ darf man gespannt sein.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum EU-Reformvertrag ist zweischneidig: Deutschland braucht keine gefesselte Regierung, auch in Zukunft muss die deutsche Exekutive die Politik in Brüssel vorantreiben können.

Nicht nachzuvollziehen ist, dass der konservative englische Parteichef David Cameron seine Abgeordneten aus der EVP abgezogen hat und diese nun mit den Euroskeptikern des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski eine Fraktion bilden: Quo vadis, Britannia?

Die Bundestagswahl brachte ein eindeutiges Ergebnis zu Gunsten von Schwarz/Gelb und vor allem eine bittere Niederlage für die SPD. Für grundsätzlich richtige Entscheidungen wie Hartz IV und die Rente mit 67 hat vor allem die SPD u.a. mit Franz Müntefering Verantwortung für Deutschland übernommen und ist dafür als Partei massiv abgestraft worden; im übrigen fehlte ihr bei der Wahl eine überzeugende Machtopion. Wahlen werden durch Mobilisierung von Stammwählern und dann in der Mitte entschieden. Das sollte die SPD auch in der Opposition nicht aus den Augen verlieren.

Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sind in Teilen ermutigend. Deutschland hatte in 2007 die weltweit niedrigste Geburtenrate; die demographische Entwicklung ist in höchstem Maße beängstigend. Vor dem Hintergrund ist die Erhöhung des Kindergeldes nicht falsch; fragwürdig bleibt eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes im Hotel- und Gaststättengewerbe, was unserer Tourismusregion zu Gute käme. Ein höheres Schonvermögen und eine Nicht-Anrechnung selbst genutzter Immobilien bei Hartz IV sind für mich Ausdruck von bisher vernachlässigter Leistungsgerechtigkeit. Eine mögliche Abkehr vom Gesundheitsfond steht ab 2011 an. So richtig die Abkoppelung vom Lohn auch grundsätzlich ist, eine überzeugende Alternative liegt noch nicht auf dem Tisch. Mehr Geld für Bildung ist positiv und eine Wehrpflichtverkürzung auf 6 Monate passt in die Zeit.

Und wie sollen die Wohltaten und die die Länder und Kommunen belastende Einkommenssteuerreform 2011 finanziert werden? Die junge Generation, die teilweise noch nicht einmal wahlberechtigt ist und über keine schlagkräftige Interessenvertretung verfügt, wird zur Kasse gebeten. Im Bundeshaushalt 2010 klaffte schon zu Zeiten der Großen Koalition eine Lücke von 86,1 Milliarden Euro, die sich durch die neuen Wohltaten (= Konjunkturpaket III) ohne Gegenfinanzierung noch einmal um gut 6 Milliarden Euro erhöht ($333,1 : 92,1 = 27,65 \%$). „Unseriös“ nennen das die Wirtschaftsweisen. Schattenhaushalt als Sozialkassenstabilisierungsfond über 60 Millionen Euro? „Nichts besonderes“ (Kauder) „Hat es immer schon gegeben“ (Brüderle); „Nein, kein Schattenhaushalt, ein Nebenhaushalt“ (Solms).

Einen finanzpolitischen ‚Blindflug‘ (Wulff) wird es aus verfassungsrechtlichen Gründen – und nicht aus Überzeugung – nun doch nicht geben.

Frau Merkel setzt alles auf eine Karte: Wachstum. Ein hartes Sparprogramm 2010 fordert niemand, aber ab 2011 müssen jährlich 6 Milliarden € mehr her, um die „strukturelle Lücke“ zwischen regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben zu schließen; voraussichtlich ab 2011 brauchen wir Ausstiegswege aus den Konjunkturprogrammen. Sobald bei uns Wachstumsraten und ein Aufschwung erreicht sind, muss der Staat konsequent sparen und über mehrere Jahre nur nominale Ausgabesteigerungen von vielleicht 1 % zulassen. Eine Beständigkeit staatlicher Ausgabesteigerungen und Einnahmeverzichte kann es nicht geben. Nach all den Wohltaten zur Überwindung der Rezession muss Verzichtbares definiert werden und auch an der Einnahmeseite wird man nicht vorbei kommen.

Das Geschrei kommt dann so sicher wie das Amen in der Kirche:

- Nein, nicht im Aufschwung, der würde abgewürgt,
- nein, nicht in der Hochkonjunktur, die würde gefährdet,
- nein, nicht im Abschwung, denn der muss gebremst werden.

Im Dezember berichteten unsere Zeitungen von drei Aufliegern und der geneigten Leserschaft wurde erklärt, was ein Auflieger überhaupt ist. Im Februar gab es in Emden bereits 21 Auflieger, weitere in Leer und Papenburg. Hinzukommen beschäftigungslose Schiffe, die bei Werften kostengünstig geparkt werden. Im März verloren 1400 Hafentarbeiter in den bremischen Häfen ihren Job. Im Mai kündigte die Bremer Container Reederei Senator-Lines die Einstellung ihres aktiven Geschäftes an. Im Sommer wurden in Emden die ersten Schiffe zwangsversteigert. Der Lenkungsausschuss gibt grünes Licht für eine Bürgschaft von 1,2 Milliarden € für Hapag Lloyd und andere Reedereien wie Offen und Döhle rufen nach Staatshilfen. Der Hafenumschlag in Emden erreichte in den ersten 9 Monaten noch ca. 82 % des Vorjahres.

Wie geht es weiter? Nach wie vor drängen bestellte Neubauten auf den Markt. Selbst bei verhaltenem globalem Wachstum ist deshalb in 2010 in der Schifffahrt noch nicht mit einer Erholung der Märkte zu rechnen. Trotzdem: Die Krise wird überwunden werden, die globalisierte Wirtschaft wird arbeitsteilig bleiben. Welthandel ist Schifffahrt und die

verlangt auch in Zukunft schnelle Häfen. Eemshaven wächst und macht sich stark für eine Aussen-Ems-Vertiefung auf 14 m für Schiffe mit 55 m Breite. Emden hat es bisher geschafft, sich den ständig steigenden Ansprüchen etwa im Auto- und Forstproduktenverkehr anzupassen. Im Emdener Hafen gibt es nun aber keine entsprechenden Ausbauflächen mehr. Investoren und Industrie brauchen aber auch weiter hervorragend gelegene Hafenplätze mit tiefem Wasser. Dort spielt die Musik. Daher drängt sich eine Hafenerweiterung an der Knock geradezu auf. Dort ist laut Landesraumordnungsprogramm ein Großkraftwerk möglich. Emden und unsere gesamte Region brauchen deshalb von Bund und Land volle Unterstützung für die Hafenerweiterung an der Knock. Bard denkt dort an den Bau einer riesigen Halle zur Produktion von Flügeln für Off-shore-Windenergieanlagen. Die Übertragung der Bundes-Flächen an der Knock an das Land und zwar gegen vom Bund benötigte Überschlickungsrechte auf Landesflächen im Wybelsumer Polder sind der erste, jetzt umzusetzende Schritt. Wir bitten Sie, Herr Minister Bode, prüfen Sie und machen Sie diese Hafenerweiterung zu Ihrem Projekt.

Ein nur für Kümo-Tonnage geeigneter Emskanalhafen im Binnenland südlich/landeinwärts von Leer überzeugt nicht. Machbar ist vieles, aber wir sehen, dass unter Berücksichtigung von Nutzen und Kosten nicht zu erfüllende Erwartungen geweckt werden, der Blick auf Wesentliches verstellt wird und wertvolle Zeit verloren geht. Schon heute kämpft der Leerer Hafen wegen ausbleibender Kümo-Tonnage um seine Zukunft. Etwas anderes könnte nur gelten, wenn es für die Meyer-Schiffe keine Alternative zum Emskanal gäbe. Ein Dauerstau der Ems mit einer Schleuse im Sperrwerk würde die der Meyer-Werft zugesagten 8,50 m zur sicheren Überführung der Schiffe gewährleisten, die Verschlickung der Ems oberhalb des Sperrwerks verhindern, die inzwischen ungesunde Fließgeschwindigkeit der Oberems beenden und böte die Option, ggfs Anlagen wie in Leer-Nord zu schaffen. Ein Süßwasserbereich würde zwar die Ökologie der Ems verändern, aber weshalb ist ein Süßwasserbereich ökologisch weniger wertvoll ? Dem Tourismus entlang der Ems dürften sich durch einen Stau der Ems ganz neue Perspektiven eröffnen.

Erneuerbare Energien bleiben für Ostfriesland ein Wachstumsmotor – nachhaltig und CO2-frei. Seit wenigen Wochen ist der erste deutsche

off-shore Windpark mit 12 Anlagen im Testfeld Alpha Ventus am Netz und ab Dezember wird der erste kommerzielle Windpark „Bard Offshore 1“ errichtet. Natürlich darf man als Unternehmen hohe Kosten für erneuerbare Energie beklagen; volkswirtschaftlich ebenso wichtig und m.E. zu wenig beachtet ist, dass die Investitionen in Deutschland bleiben und es anders als bei Gas, Kohle und Öl – eben keinen dauernden Abfluss unseres Geldes in die Öl, Gas oder Kohle liefernden Staaten gibt.

Das neue Maritime Kompetenzzentrum in Leer ist ein Gewinn und der Stapellauf des größten, jemals in Leer gebauten Schiffes ist ebenso eine Freude wie der Ausbau der Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanals für Großmotorgüterschiffe mit dann noch 3 Schleusen.

Bleiben 2 Lotsenbruderschaften auf der Ems der Weisheit letzter Schluß?

Bund und Land bitte ich, dafür Sorge zu tragen, dass die Erreichbarkeit der Häfen Emden, Leer und Papenburg nicht zu sehr durch Eemshaven anlaufende LNG-Tonnage beeinträchtigt wird, mahne den bedarfsgerechten Ausbau der Bahnstrecke zu Enercon in Aurich an und

zolle dem Verein Wachstumsregion Emsachse Respekt zur Positionierung als ein wirtschaftliches Sprachrohr unserer Region und gratuliere Herrn Michael Goldmann zum Vorsitz des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Herrn Garrelt Duin zur Wahl zum Fraktionssprecher für Wirtschaft. Eine Ferienanlage bei Greetsiel böte die Chance, im Tourismus ein Zeichen zu setzen. Unser Nordseetourismus muß sich weiterentwickeln, wenn es zu keinem ‚akuten Qualitätsproblem im touristischen Angebot‘ kommen soll. Im Kampf gegen alles (z.B. Kohlekraftwerke, Golfplätze) darf man sich nicht erschöpfen.

Im Juni verhängte unser Kämmerer eine Haushaltssperre. „Emden wird 5-10 Jahre leiden“ prophezeite unser OB. Zurückgehende Einnahmen bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer werden dazu führen, dass Kredite aufzunehmen sind, um liquide zu bleiben. Da unsere Schulden mit Zins zurückgezahlt werden müssen, wird man Verständnis dafür aufbringen müssen, wenn vermeintliche ‚Besitzstände‘ wieder in Frage gestellt werden.

Zu bedauern ist der auch konjunkturbedingte Rückzieher von Dong; dem neuen Eigentümer des Emdener Kraftwerks, Statkraft, wünsche ich Erfolg am Standort.

Emden kann sich freuen über

- den geplanten Bau eines neuen gasbetriebenen Kraftwerks-Blocks,
- 13 Millionen € Landesmittel zur Sanierung des Roten Siels und Umgestaltung des Falderndelfts (Frau Hermenau). Insgesamt sind es 60 Mio €, die zur Aufwertung der Innenstadt zur Verfügung stehen,
- den Rundweg um den Alten Binnenhafen,
- die bedeutende Schenkung an die Kunsthalle (Dr. Olsen) mit Werken von Baselitz, Lüpertz, Penck, Immendorf und Kirkeby,
- die Anerkennung unseres Wattenmeers als Unesco-Weltnaturerbe,
- die Mittel der EKD und in deren Folge die für Januar angekündigte Wiederaufnahme des wissenschaftlichen Betriebs der Johannes-á-Lasco-Bibliothek, dessen Aufbau Verdienst von Dr. Schulz bleibt.

Ärgerlich ist, wenn mit unseren Steuergeldern gebaute Häuser – wie jetzt das ehemalige Arbeitsgericht – verwahrlosen, um sie dann später als nicht sanierungsfähig abreißen zu können; so geht man mit staatlichem Eigentum nicht um, vielleicht ist auch das Untreue.

Wir Emdener hoffen auf einen Rückbau der unmittelbar nach dem Krieg nur unzulänglich wiederaufgebauten der Neuen Kirche und nach der Arcandor Pleite eine neue Bewegung in Sachen „Hertie“.

Rat und die Verwaltung sei auf den Weg gegeben, die Interessen des Innenstadt- Einzelhandels –um der Attraktivität unserer Innenstadt willen- hinreichend zu gewichten. Eine ‚Verrechnung‘ mit dem Innenstadtsanierungsprogramm darf es nicht geben.

Und noch etwas: Emden hat einen guten, allseits geschätzten OB. Dass muß – und das sage ich vor allem in Richtung der Emdener SPD – auch in Zukunft gewährleistet sein.

Nach der klaren Abwahl der Präsidentin und Scheitern der FHOOW-Fusion hoffen wir, dass es der neuen Präsidentin gelingt, die Hochschule stärker in Emden und unserer Wirtschaft zu verwurzeln; so lange das hier erworbene know-how fast ausschließlich aus Ostfriesland abfließt, wird die Hochschule ihrem strukturpolitischen Anspruch, auch unsere Wirtschaftsstruktur zu befördern, nur unzureichend gerecht; zum anderen, wäre es sehr wünschenswert, wenn mehr Professoren in Emden

ankommen würden und sich und die Hochschule stärker als bisher in Kultur und Gesellschaft einbrächten.

Wegen der Finanzkrise wurden die Weihnachtsferien 2008 bei VW in Emden um eine Woche verlängert, im Februar gab es Kurzarbeit, Trennung von Leiharbeitern. Der Auto-Umschlag im Emdener Hafen geht voraussichtlich – trotz Abwrackprämie - um 1/4 auf immer noch stolze ca. 750.000 Einheiten zurück.

Erfreulich wäre, wenn nach den Investitionen von VW in China, Indien und in das ab 2011 produzierende Werk in Amerika auch Investitionen am Emdener Standort folgten; ohne Investitionen in den Standort, den Fertigungsprozess und etwa die Lackiererei wird die Wettbewerbsfähigkeit eines jeden Standortes gefährdet.

Ermutigend sind der Einstieg und die Investitionen von Enercon bei Cassens in der Hoffnung, dass neben einem auf On-shore spezialisierten Stahlbau und Schiffsreparaturen mit Dockkapazitäten die Option bleibt, durchfinanzierte Neubaufträge anzunehmen.

1986 glänzte die Meyer-Werft mit der „Homerik“ mit 42000 BRZ; die jetzt in Bau befindlichen Schiffe für die Disney-Cruise-Line sind mit 128.000 BRZ vermessen. In der Produktion reicht die volle Auslastung noch bis Mitte 2010, 8 Kreuzfahrtschiffe und 2 Gastanker sind noch bis 2012 abzuliefern. Wenn man bedenkt, dass Neukonzeptionen von Kreuzfahrtschiffen einen jahrelangen planerischen Vorlauf benötigen, hoffen wir mit der Meyer Werft und ihren Beschäftigten auf Anschlussaufträge, eventuell von Princess Cruises –ebenso wie der Kunde Aida Cruises eine Carnival Tochter.

Seit Februar kursierten Zukunftssorgen um die Nordseewerke: Baustopp von Containerschiffen, Spekulationen um Personalabbau, Kurzarbeit, Stellenabbau, Zusammenbrüche bei Lindenau, der Nesselwerft und bei Schichau Seebeck.

Die OZ titelte noch im Herbst: „Nordseewerke: Aus für Schiffbau“. Von ‚Mordsschweinerei‘ war zu lesen, einem Kloß im Hals unseres OB und seiner Einschätzung, vom für Emden schwärzesten Tag nach dem Krieg, die Werft sei hingerichtet worden; was Bomben nicht schafften, hätten nun unfähige Manager hingekriegt; die Werft sei zerstört.

Im September dann aber auch der – wie wir alle hoffen - „Glücksfall“ für die Nordseewerke, dass die Siag – Gruppe auf der Werft Offshore-Technik produzieren will. Das Ergebnis der von der niedersächsischen Staatskanzlei moderierten Verhandlung vom 2. Oktober haben wir in Emden – so glaube ich- alle mit Erleichterung aufgenommen:

- TKMS steigt bei der Siag Nordseewerke GmbH mit 20 % ein,
- mehr-jährige Sicherung der Arbeitsplätze,
- Erhalt der Schiffbaukompetenz für die Bereiche Engineering, Reparatur und Ausrüstung,
- Abarbeitung bestehender Aufträge,
- Prüfung der Auftragsverteilung durch TKMS in einem Jahr;

alles begleitet von einem Integrations- Beirat mit Vertretern von Thyssen Krupp, Siag, den Arbeitnehmer und des Landes, denen ans Herz gelegt sei, die verabredeten Wertschöpfungsanteile Niedersachsens im Marineschiffbau auch in Zukunft nicht aus der Hand zu geben.

Wenn wir lesen, dass am Vorabend des Treffens noch vermeldet wurde, dass die Siag/TKMS Pläne keinen Platz für Schiffbau vorsähen und das mit dem Ergebnis des Treffens vergleichen und nun ab 2011 noch ein Einsatzgruppenversorger für die Marine in Emden ausgerüstet wird, sei den Verhandlungen-Teilnehmern in Hannover für ihre Bereitschaft und Fähigkeit, vorher ausgeschlossene Wege doch noch zu gehen, gedankt. Für Emden ist wohl das Bestmögliche erreicht worden. Für die Belegschaft und alle, die sich in den schwierigen Wochen eingebracht haben, ist das Ergebnis ein Stück Genugtuung und Freude. Emdens Seele und Selbstverständnis bleibt : Seehafen mit Werftfacilitäten.

Herr Schaaf wir heißen Sie und die Siag in Emden herzlich und mit weit offenen Armen willkommen; wir glauben mit Ihnen an eine Offshore-Zukunft der Nordseewerke. Ihnen und Ihrem Unternehmen Glück und Fortune in Emden.

Ich glaube vermuten zu dürfen, dass die leise aber zielstrebige Moderation des Leiters der Staatskanzlei nicht unerheblich zum Erfolg des Treffens in Hannover beigetragen hat. Ich möchte deshalb hier Herrn Dr. Lothar Hageböling, der auch seinerzeit beim Fortbestand der Cassens Werft hilfreich zur Seite stand, danken. Ich bitte Sie, Herr Minister und Sie, Frau Staatssekretärin, diesen Dank zu vermitteln.